

## FREIBERUFLER-TICKER vom 3. Juli 2020

### 1. Situation der Freiberufler spitzt sich weiter zu

Die Ergebnisse der BFB-Konjunkturumfrage Sommer 2020 zeigen: Die Lage der Freiberufler ist und bleibt äußerst angespannt. Der Anteil derjenigen, die ihre momentane Geschäftslage als schlecht bewerten, verdoppelte sich nahezu und der Anteil derjenigen, die eine ungünstigere Entwicklung im kommenden halben Jahr erwarten, verfünffachte sich fast. Diese und weitere Ergebnisse kommentierte BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer am 28. Juni 2020 in einer [Pressemitteilung](#), am Vortag berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung vorab exklusiv, weitere [Medien](#) griffen die Pressemitteilung auf.

### 2. BFB-Kampagne: „Mit System relevant. Wir helfen. Freie Berufe“

Diese BFB-Aktion zum unverzichtbaren Einsatz der Freien Berufe in der Corona-Zeit veranschaulicht die überragenden Leistungen der Freien Berufe: Als Helfer sind sie ganz vorn mit dabei und nehmen den Kampf gegen Corona und dessen Folgen auf. Diesen Wert der Freien Berufe verbildlicht ein [animierter Spot](#), der jede der vier Freiberufler-Gruppen mit einem beispielhaften Konterfei zeigt und 30 einzelne Professionen benennt. Der Spot ist ab dem 30. Juni 2020 eine Woche lang an 27 prägnanten Positionen der Hauptstadt, so auch im Umfeld des Deutschen Bundestages, zu sehen.

### 3. KfW-Schnellkredit nachgebessert

Die KfW hat die Bedingungen für den KfW-Schnellkredit verbessert. Die ursprünglichen Voraussetzungen des KfW-Schnellkredits, so wie sie Mitte Mai vorgestellt wurden, wirkten als Förderausschluss für freiberufliche Antragsteller. Die Intervention des BFB bei der KfW-Spitze führte nun zu einer Korrektur im Sinne freiberuflicher Kredit-Interessenten. Dies hat die KfW in einer aktuellen [Information](#) an Multiplikatoren klargestellt, in der Ausnahmen vom Dividenden- und Ausschüttungsverbot beim KfW-Schnellkredit genannt werden.

### 4. 100 Tage KfW-Corona-Hilfe

Seit dem Beginn der Förderprogramme der KfW-Corona-Hilfe am 23. März 2020 gingen bei der KfW bis Ende Juni etwa 70.000 Kreditanträge in einem Gesamtvolumen von rund 50 Milliarden Euro ein. 99 Prozent der eingegangenen Anträge sind bereits final entschieden. Das [teilte](#) die KfW am 30. Juni 2020 mit. Angaben zur Ablehnungsquote werden nicht gemacht. Das Zusagevolumen liegt bei 33,5 Milliarden Euro, wobei sich lediglich großvolumige Kreditanträge noch in der Prüfung befinden. Die KfW [veröffentlicht](#) die Zahl und das Volumen der eingehenden Kreditanträge aufgeschlüsselt nach Größenklassen und Bundesländern.

### 5. IfM Bonn zur Mittelstandsbelebung durch die Krisen-Instrumente

Die Wissenschaftler des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn haben geprüft, inwieweit die mittelstandsrelevanten Maßnahmen im Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket der Bundesregierung geeignet sind, den Mittelstand zu beleben. Sie konstatieren in einem am 2. Juni 2020 vorgestellten [Hintergrundpapier](#) zum einen, dass die Krise Unternehmen zeitlich verzögert trifft. So argumentiert auch der BFB, insofern muss die Überbrückungshilfe auch denjenigen offenstehen, bei denen Verluste durch eine nachlaufende Rechnungslegung nicht mit Krisenbeginn, sondern zeitversetzt einsetzen. Die Forscher benennen bei ihren Ausführungen zur Überbrückungshilfe die Freiberufler explizit und stellen zudem fest, dass Solo-

Selbstständige mit geringen oder keinen betrieblichen Fixkosten kaum davon profitieren. Hieran lehnt sich die BFB-Forderung an, wonach insbesondere für Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmer der Lebensunterhalt einbezogen werden muss.

## **6. WHO fordert, mehr Geld im Kampf gegen Corona bereitzustellen**

Rund 31 Milliarden US-Dollar sind bis Ende 2021 für Tests, Impfungen und Medizin erforderlich. Eine Expertengruppe der Weltgesundheitsorganisation (WHO) [präsentierte](#) diese Zahl am 26. Juni 2020. Allein für die Entwicklung von Impfstoffen sind 18 Milliarden US-Dollar erforderlich. Bisher wurde von der internationalen Staatengemeinschaft erst ein geringer Anteil von 3,4 Milliarden US-Dollar bereitgestellt, was zu einer Finanzierungslücke von 27,9 Milliarden US-Dollar führt, von denen 13,7 Milliarden US-Dollar dringend benötigt werden.

## **7. Senkung der Mehrwertsteuer gibt Wirtschaft Schub von 0,2 Prozentpunkten**

Die zeitweise Senkung der Mehrwertsteuer wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 0,2 Prozentpunkte oder 6,5 Milliarden Euro vergrößern. Das ergaben Berechnungen des ifo Instituts für seine neue Konjunkturprognose, die am 29. Juni 2020 [präsentiert](#) wurden. Danach bedeutet die Senkung von 19 auf 16 Prozent vom 1. Juli 2020 bis zum Jahresende Steuerausfälle von 20 Milliarden Euro.

## **8. Jeder fünfte Beschäftigte war im Mai in Kurzarbeit**

Im Mai waren rund 20 Prozent der Beschäftigten in Deutschland in Kurzarbeit. Im Durchschnitt fielen bei den Betroffenen 58 Prozent der Arbeitszeit aus. Bei knapp der Hälfte der Kurzarbeiter stockte der Arbeitgeber das Kurzarbeitergeld durch eigene Zahlungen auf. Das zeigen Befragungsergebnisse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die am 30. Juni 2020 [veröffentlicht](#) wurden. 22 Prozent der Männer und 19 Prozent der Frauen arbeiteten kurz. Der Arbeitsausfall war bei den Frauen mit 62 Prozent der Arbeitszeit höher als bei den Männern mit 55 Prozent. 24 Prozent der Kurzarbeiter hatten einen Arbeitsausfall von 100 Prozent („Kurzarbeit Null“). Auch bei ihnen stockte bei fast jedem zweiten Betroffenen der Arbeitgeber das Kurzarbeitergeld auf. Der Regionaldirektionsbezirk Baden-Württemberg war am stärksten von Kurzarbeit betroffen, gefolgt vom Bezirk Niedersachsen-Bremen. In beiden Bezirken war etwa ein Viertel der Beschäftigten in Kurzarbeit. Ebenfalls relativ stark betroffen waren die Regionaldirektionsbezirke Hessen und Bayern mit etwa 22 und 21 Prozent. Rheinland-Pfalz-Saarland und Berlin-Brandenburg wiesen mit 18 und 17 Prozent einen etwas geringeren Anteil an Kurzarbeitern auf. Beschäftigte in Haushalten ab einem Netto-Haushaltseinkommen von 3.000 Euro monatlich waren seltener in Kurzarbeit. Das gleiche gilt für Beschäftigte, die die Möglichkeit hatten, von zu Hause zu arbeiten. Im Vergleich zu Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Ausbildung waren sowohl Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung als auch Beschäftigte mit Hochschulabschluss weniger von Kurzarbeit betroffen.

## **9. Weniger Kurzarbeiter im Juni**

Die Zahl der Kurzarbeiter in Deutschland sank im Juni 2020 auf 6,7 Millionen Menschen, im Mai 2020 waren es 7,3 Millionen. Das [teilte](#) das ifo Institut am 30. Juni 2020 mit. Der Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten schrumpfte damit von 22 auf 20 Prozent. Der Rückgang ist recht zögerlich und in einigen Branchen nimmt die Kurzarbeit sogar noch zu, so die Forscher weiter.

## 10. Bundesprogramm zum Aufbau von Weiterbildungsverbänden gestartet

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 2. Juli 2020 können ab sofort Bewerbungen für das Bundesprogramm „Aufbau von Weiterbildungsverbänden“ eingereicht werden. Dafür müssen bis spätestens 25. August 2020 aussagekräftige Projektskizzen an die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (gsub) übermittelt werden. Das gestartete Bundesprogramm soll insbesondere Beschäftigten von kleinen und mittleren Unternehmen helfen, häufiger an Weiterbildungen teilzunehmen. Dazu sollen mit Hilfe regionaler Koordinierungsstellen verbindliche Kooperations- und Vernetzungsstrukturen zwischen Unternehmen, Bildungs- und Beratungseinrichtungen sowie allen weiteren zentralen Akteuren der Weiterbildungslandschaft aufgebaut werden. Weitere Informationen dazu finden sich im Text der [Förderbekanntmachung](#) sowie auf der Webseite der [gsub](#).

## 11. Mindestlohn steigt

Die Mindestlohn-Kommission fasste am 30. Juni 2020 ihren [Anpassungsbeschluss](#) und stellte ihren [Bericht](#) vor. Er ist turnusgemäß der dritte Bericht seit der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland im Januar 2015. Dieser liegt derzeit bei 9,35 Euro brutto je Zeitstunde. Die Kommission empfiehlt eine Erhöhung des Mindestlohns in mehreren Schritten, zum 1. Januar 2021 auf 9,50 Euro, zum 1. Juli 2021 auf 9,60 Euro, zum 1. Januar 2022 auf 9,82 Euro und zum 1. Juli 2022 auf 10,45 Euro.

## 12. Jobs mit Mindestlohn

Verglichen mit dem April 2018 profitierten knapp zwei Millionen Arbeitnehmer von der Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Januar 2019 auf 9,19 Euro. Das [teilte](#) das Statistische Bundesamt am 29. Juni 2020 mit. Wie bereits in den vergangenen Jahren sind auch 2019 in Ostdeutschland mit 5,2 Prozent anteilig mehr Beschäftigungsverhältnisse mit dem jeweils geltenden Mindestlohn bezahlt worden als in Westdeutschland, wo der Wert 3,2 Prozent beträgt.

## 13. Zukunftsvertrag „Studium und Lehre“ freigegeben

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung nahm die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) Ende vergangener Woche die Verpflichtungserklärungen der Länder zur Umsetzung des Zukunftsvertrags „Studium und Lehre“ in den Jahren 2021 bis 2027 zur Kenntnis. In den Verpflichtungserklärungen legen die Länder nach Beratung mit dem Bund individuell die Schwerpunkte und Maßnahmen fest, mit denen sie die Ziele des Zukunftsvertrags in den kommenden Jahren erreichen wollen. Im Rahmen des Zukunftsvertrags stellt der Bund von 2021 bis 2023 jährlich 1,88 Milliarden Euro und ab dem Jahr 2024 dauerhaft jährlich 2,05 Milliarden Euro bereit. Die Länder stellen zusätzliche Mittel in derselben Höhe zur Verfügung, sodass durch den Zukunftsvertrag bis 2023 jährlich eine gemeinsame Investition in Höhe von rund 3,8 Milliarden Euro und ab 2024 jährlich insgesamt 4,1 Milliarden Euro zur Förderung von Studium und Lehre zur Verfügung stehen werden. Zudem beschloss die GWK die Förderung von neun Konsortien der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI). Für Aufbau und Förderung der NFDI werden Bund und Länder vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch ihre gesetzgebenden Körperschaften von 2019 bis 2028 jährlich bis zu 90 Millionen Euro im Endausbau bereitstellen, hiervon bringt der Bund 90 Prozent auf, zehn Prozent der Kosten tragen die Länder.

#### **14. Gemeinsame Erklärung der Bildungsminister der G20 verabschiedet**

Die Bildungsminister der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) [verabschiedeten](#) Ende vergangener Woche bei einer Videokonferenz eine gemeinsame Erklärung aufgrund der Covid-Pandemie. In ihrer Abschlusserklärung setzten sich die G20 für die Entwicklung und Weiterentwicklung von Distanz- und E-Learning-Lösungen sowie eine Stärkung der Blended-Learning-Ansätze, einschließlich unterstützender Komponenten wie Infrastruktur, Barrierefreiheit, digitale Fähigkeiten, Lehrerausbildung, Datensicherheit und Datenschutz, Finanzierung und Bewertungsinstrumente, ein. Zudem verpflichteten sich die Bildungsminister der G20, die Resilienz der Bildungssysteme zu stärken und das Lehren und Lernen zu verbessern. Die G20 ist seit 2008 das zentrale Forum für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit der führenden Industrie- und Schwellenländer. Um globalen Herausforderungen wie Gesundheitsepidemien gemeinsam zu begegnen, werden auch diese Bereiche von der jeweiligen Präsidentschaft innerhalb der G20 thematisiert. Seit 2018 gibt es Fachtreffen der Bildungsminister sowie die G20-Bildungsarbeitsgruppe.

#### **15. Migration 2019**

Im vergangenen Jahr sind rund 327.000 Personen mehr nach Deutschland zugezogen als aus Deutschland fortgezogen. 2018 waren es noch rund 400.000 mehr Zu- als Fortzüge. Wie das Statistische Bundesamt am 29. Juni 2020 [mitteilte](#), ging die Nettozuwanderung damit im vierten Jahr in Folge zurück. Insgesamt sind 2019 rund 1.559.000 Personen aus dem Ausland zugezogen und 1.232.000 ins Ausland weggezogen. Es gingen jeweils 16.000 Deutsche in die Schweiz, 12.000 nach Österreich und 10.000 in die USA. Die Auswanderung von Deutschen in die Vereinigten Staaten erreichte somit ihr niedrigstes Niveau seit 1991. Trotz Rückgang der Nettozuwanderung von EU-Bürgern trugen europäische Staatsangehörige mit einem positiven Saldo von 214.000 Personen weiter am meisten zur Nettozuwanderung von nichtdeutschen Personen bei, gefolgt von Staatsangehörigen aus Asien, 116.000 Personen, und aus Afrika, 31.000 Personen.

#### **16. Rente steigt**

Die Renten in Westdeutschland steigen um 3,45 Prozent, im Osten des Landes um 4,2 Prozent. Für eine Standardrente bedeutet das: Künftig beträgt sie im Westen monatlich 1538,55 Euro und damit 51,37 Euro mehr als im Vorjahr und im Osten 1495,35 Euro, 60,30 Euro mehr als im Vorjahr. Der Rentenwert Ost steigt jedes Jahr um mindestens 0,7 Prozentpunkte. Damit werden am 1. Juli 2024 die Ost-West-Rentenwerte angeglichen sein. Das [teilte](#) die Bundesregierung am 30. Juni 2020 mit.

#### **17. 23,8 Millionen Bürger machen Steuererklärung im Internet**

Das ist ein Anstieg um drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr mit 23,1 Millionen Online-Steuererklärungen. Das [berichtete](#) der Digitalverband Bitkom am 1. Juli 2020 auf Basis von Daten der Finanzverwaltung, die den Online-Dienst Elster betreibt.

#### **18. Bundesregierung zum KI-Weißbuch**

Am 29. Juni 2020 übermittelte die Bundesregierung ihre [Stellungnahme](#) zum „Weißbuch zur Künstlichen Intelligenz – ein europäisches Konzept für Exzellenz und Vertrauen“ sowie zum „Bericht über die Auswirkungen künstlicher Intelligenz, des Internets der Dinge und der Robotik in Hinblick auf Sicherheit und Haftung“ an die Europäische Kommission. Ziel der Bundesregierung ist, eine verantwortungsvolle, gemeinwohlorientierte und menschenzentrierte Entwicklung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz sowie die Förderung von

Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in der Europäischen Union voranzubringen. Federführend waren an der Stellungnahme das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz beteiligt.